§ 22

Durchführungsvorschriften erläßt das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung. Es regelt insbesonders:

1. die Zuständigkeit seiner Dienststellen,
2. die Gebühren für die Einsetzung und Beaufsichtigung des Treuhänders.

§ 23

Wird durch künftige Gesetze oder Anordnungen des Kontrollrats, der Militärregierung oder des Staates Vermögenskontrolle durch das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung angeordnet, so findet dieses Gesetz Anwendung.

§ 24

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

Beilage 220.

Dringlichkeitsantrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung wird ersucht, das sogenannte Ingolstädter Verfahren in der Entnazifizierung sofort in Kraft zu setzen und mit größter Beschleunigung allgemein durchzuführen.

München, den 16. April 1947.

Stock

und Fraktion (SPD).

Beilage 221.

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich beim Staatsministerium des Innern eine motorisierte Polizeiabteilung einzurichten, die zur beschleunigten und wirksamen Überprüfung von Großschiebungen und schweren Korruptionsfällen und deren Bekämpfung eingesetzt wird.

von Knoeringen

und Fraktion (SPD).

Beilage 222.

Interpellation.

1. Ist der Staatsregierung bekannt, daß bei den kürzlich stattgefundenen Demonstrationen in der britischen Zone für die dortige Ernährungskatastrophe hauptsächlich Bayern verantwortlich gemacht wurde?
2. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese vollkommen falsche Auffassung richtigzustellen?
3. Ist der Staatsregierung bekannt, daß die Ernährungskatastrophe in der britischen Zone in Ursachen zu suchen ist, die einzig und allein in der britischen Zone selbst liegen?
4. Ist der Staatsregierung bekannt, daß Bayern in der Zuteilung und tatsächlichen Lieferung von Kohle und Eisenprodukten gegenüber den Ländern der britischen Zone schwer benachteiligt wird und was gedenkt sie zu tun, um diesen Mißstand abzustellen?

Begründung

Eine unverantwortliche Propaganda hat in den Ländern der britischen Zone die dortige Ernährungskatastrophe vor allem auf die angeblich mangelhaften Lebensmittellieferungen durch Bayern zurückgeführt, wodurch eine gegen Bayern feindselige Stimmung in

diesen Gebieten erzeugt wurde, die das Ansehen Bayerns schwerstens schädigt. Die vorliegende Interpellation soll bezwecken, der Bayerischen Staatsregierung Gelegenheit zu geben, vor dem Bayerischen Landtag die gegen Bayern erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückzuweisen und das Ansehen Bayerns wieder herzustellen; ferner klarzulegen, daß die Ernährungslage in der britischen Zone auf Ursachen zurückzuführen ist, die in der britischen Zone selbst liegen und fernerhin gegenüber der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß umgekehrt Bayern, insbesondere in der Zuteilung und tatsächlichen Belieferung mit Kohle und Eisenprodukten, schwer benachteiligt wird.

München, den 17. April 1947.

Schefbeck,

Baumeister, Emmert, Hagn Hans, Hirschenauer, Dr. Horlacher, Kaiser, Dr. Lehmer, Nüssel, Piehl, Dr. Probst, Sauer, Schmid Karl, Stinglwagner, Weinzierl Georg, Zitzler (sämtliche CSU).

Beilage 223.

Mündlicher Bericht

des

Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art

zum

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Durchführung des Art. 160 der Bayerischen Verfassung (Beil. 218).

Berichterstatter: Piehler.

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung mit folgender Maßgabe:

1. In Art. 5 (III) werden die Worte „nach Anhörung" ersetzt durch die Worte „mit Zustimmung".
2. Art. 9 (I) erhält folgende Fassung: „Dieses Gesetz tritt am 25. April 1947 in Kraft".

München, den 22. April 1947.

Der Präsident:
Dr. **Horlacher.**

Beilage 224.

Mündlicher Bericht

des

Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen

zur

Besprechung der gegenwärtigen Ernährungskrise.

Berichterstatter: Kraus.

Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beschließen, nachstehender Entschließung zuzustimmen:

> Die Ausführungen des Herrn Staatsministers Dr. Baumgartner dienten dem Landtagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zur Kenntnis. Gegenüber den Vorwürfen, welche über die Ursachen der gegenwärtigen Ernährungskrise in der in- und ausländischen Presse sowie im Rundfunk gegen den Ernährungsminister und das Land Bayern erhoben wurden, stellt der Landtagsausschuß fest, daß diese auch jeder Begründung entbehren, und es wird dem Herrn Ernährungsminister volle Anerkennung und Dank für seine umsichtige und tatkräftige Amtsführung ausgesprochen.

München, den 22. April 1947.

Der Präsident:
Dr. **Horlacher.**

Beilage 225.

Antrag.

Der Ältestenrat des Landtags hat auf Grund des Berichts des Präsidiums des Landtags über den Besuch im Internierungslager Moosburg beschlossen, dem Landtag folgenden Antrag aller im Ältestenrat vertretenen Parteien vorzulegen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. auf Grund des Berichts alles zu veranlassen, was nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit notwendig ist;
2. die Erledigung jener Fälle, die unter die Jugendamnestie und Weihnachtsamnestie fallen und mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Entnazifizierungsgesetzes noch nicht erledigt werden konnten, raschestens herbeizuführen;